

# **IV. Wahlplattform des »Achberger Kreises« zur Bundestagswahl 1980**

## **Der Grüne Kurs**

In dieser Wahlplattform informieren die Mitarbeiter und Kandidaten des Achberger Kreises, für welche Gesamtpolitik sie sich einsetzen. Als Bundespartei wurden DIE GRÜNEN im Januar 1980 gegründet. Der »Achberger Kreis« und die »Free International University« [FIU] als mitgründende Organisationen konnten beim Gründungsparteitag in Karlsruhe gegen den Widerstand kommunistischer Strömungen in den Statuten partiell das Prinzip »Einheit in der Vielfalt« durchsetzen. Das hatte in programmatischer Hinsicht die Konsequenz, dass es bei der ersten Beteiligung der neuen Partei an der Bundestagswahl zur Information der Wählerinnen und Wähler in Ergänzung des Mehrheitsprogramms auch die programmatischen Positionen der verschiedenen Strömungen gab, die in grundsätzlichen Systemfragen unterschiedliche Lösungsansätze vertraten. Bei den Ideen des Achberger Kreises und der FIU handelte es sich um den Ansatz einer Alternative des 3. Weges, für deren legislative Verwirklichung sich deren Kandidaten im Fall ihrer Wahl einsetzen wollten.

## **DIE GRÜNEN - Partei der geistigen Freiheit**

Alle reden von Freiheit - aber nur wenige praktizieren sie. Freiheit ist in erster Linie auf das geistige und moralische Leben des Menschen bezogen. Nur dann herrscht Freiheit, wenn die individuelle Erkenntnis, die persönliche Überzeugung respektiert wird. Der Einzelne darf keinem Zwang, auch nicht dem Zwang von Mehrheitsentscheidungen unterworfen werden -es sei denn, es handle sich um das Vereinbaren von Rechtsverhältnissen.

Mit dem so verstandenen Freiheitsprinzip machen DIE GRÜNEN als einzige Partei ernst. Im Rahmen ihrer Grundrichtung haben die in den GRÜNEN partnerschaftlich zusammenarbeitenden Strömungen das Recht, sich nach ihren Einsichten und ihrem Gewissen zu artikulieren.

Grüne Politik ist in diesem Sinne eine ehrliche und offene Politik, eine Politik neuer Ziele, neuer Wege und eines neuen politischen Stils - ohne den Zwang zu geistigen Kompromissen. Grüne wollen die Klarheit und Wahrheit der Aussage.

Deshalb informieren sie in ihren Programmen auch über die in ihren Reihen vertretenen Alternativen. Das ist berechtigt und notwendig, weil ja kein einheitliches Patentrezept für die Lösung der heutigen Probleme angeboten werden kann. Diejenigen, die Partner in den GRÜNEN sind, haben eine Fülle guter, schöpferischer und realistischer Vorschläge erarbeitet. Sie treten damit an gegen die alternativlose Einheitspolitik von CDU/CSU, SPD und FDP.

Es geht den GRÜNEN nicht um Regierungs- und Parteienmacht. Damit »die da oben« nicht weiter über die Köpfe der Betroffenen hinweg »machen was sie wollen«, muss die öffentliche Diskussion über unser aller Zukunft auch die bisher unterdrückten, diffamierten oder vernachlässigten alternativen Positionen umfassen. Nur dann herrscht im Bereich des öffentlichen Informationswesens wirkliche Freiheit und wirkliche Demokratie. Das ist die wichtigste Voraussetzung für alle künftigen Entwicklungen, wenn dies Entwicklungen im Interesse des Volkes sein sollen.

Dafür wollen DIE GRÜNEN sorgen. Und sie gehen mit gutem Beispiel voran.

### **Präambel**

*DIE GRÜNEN sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien. Sie streben eine Gesellschaft an, die ihre Entwicklung an den Lebensbedingungen der Naturzusammenhänge sowie am individuellen und sozialen Wesen des Menschen orientieren kann und will.*

#### **1. Die Einheit von parlamentarischem und außerparlamentarischem Wirken**

DIE GRÜNEN verstehen sich als *parlamentarisch* wirkendes Organ und Bündnis für die Zusammenarbeit und den politischen Gestaltungswillen von Menschen, die - ungeachtet ihrer weltanschaulichen und religiösen Überzeugung - erkannt haben, dass eine grundlegende *Änderung der bisherigen Politik* nötig ist. Daher können sich den GRÜNEN auch Mitglieder und Mitarbeiter der

verschiedenen Strömungen und Organisationen der ökologischen und neuen sozialen Bewegung, der Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbände, der Bürgerinitiativen, der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, der Frauenbewegung und anderer Teile der gesamten Alternativenbewegung zu gemeinsamem politischen Handeln verbinden, DIE GRÜNEN werden auch weiterhin mit all jenen *außerparlamentarischen* Aktivitäten zusammenarbeiten, die sich für die Herbeiführung naturgerechter und menschengemäßer Lebensverhältnisse einsetzen.

## **2. Das Ziel: Eine Alternative zum real-existierenden Sozialismus und Kapitalismus**

Die Leitidee der grünen Bewegung ist der *Ökologische Humanismus*. Sie muss die im Westen und im Osten herrschenden Ideologien ablösen, wenn die Menschheit noch eine lebenswerte Zukunft haben soll. Ökologischer Humanismus heißt, dass - aus dem Wissen um die Endlichkeit unseres Planeten und aus dem Bewusstsein der konkreten Zusammenhänge seiner Lebensgesetze - die *verantwortungsbewusste Erhaltung und Pflege der Natur* an die Stelle ihrer gewissenlosen Ausplünderung zu treten hat. Und Ökologischer Humanismus heißt, dass der *Mensch erkannt wird als personales und soziales Wesen*, dessen unantastbare Würde in seiner Fähigkeit liegt, sein Leben im verantwortlichen Zusammensein mit seiner Umwelt, Mitwelt und Nachwelt schöpferisch zu führen. Diese Einsichten sind die Voraussetzung für das ganzheitliche, wirklichkeitsbezogene Denken und Handeln der GRÜNEN.

## **3. Was muss geändert werden?**

### **Die gesellschaftlichen Grundstrukturen**

Damit die Menschen ihr gesellschaftliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten so gestalten können, dass jeder Einzelne - bei Berücksichtigung der natürlichen und sozialen Lebenserfordernisse des Ganzen - seine Kreativität und Verantwortung unter gleichberechtigten Bedingungen frei entfalten kann, ist eine tiefgreifende *Korrektur der heute herrschenden wirtschaftlichen, monetären, staatlich-politischen und kulturellen Prozesse* nötig. Die grüne Alternative ist eine *Gesamtalternative*.

## **4. Wie muss geändert werden?**

### **Evolution statt Revolution**

Die Arbeit der GRÜNEN vollzieht sich im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Insofern diese grundgesetzliche Ordnung oder Bestimmungen der Landesverfassungen keine hinreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung der Ziele des Ökologischen Humanismus bieten, werden sich DIE GRÜNEN für die *Weiterentwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen* einsetzen.

## **5. Die Grundwerte: Ökologisch - basisdemokratisch - sozial - selbstbestimmt**

Als verbindliche Grundwerte, an denen sich alle Programme und Wahlplattformen der GRÜNEN orientieren, gelten: Umfassender *Umwelt- und Lebens-*

*schutz [Ökologie], demokratisches Entscheiden* der Rechtsfragen in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen von der *Volksabstimmung* bis zur *Mitarbeiterselbstverwaltung* in den Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturinstitutionen sowie *Dezentralität* und *Föderalismus* in der strukturellen Gliederung der Gesellschaft [*Basisdemokratie*], wirtschaftliche und menschliche *Solidarität* in der Sicherstellung des materiellen und immateriellen Bedarfs für die ganze Gemeinschaft [*Sozialität*], *Freiheit* des Geistes und der Initiative in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht [*Selbstbestimmung*].

## **6. Die Methode: Gewaltfrei**

DIE GRÜNEN verfolgen ihre Ziele ausschließlich *mit friedlichen Mitteln*. Gewalt, auch die strukturelle Gewalt der gegenwärtigen Gesellschaften des Westens wie des Ostens, lehnen sie ebenso entschieden ab wie alle Arten von Diskriminierung bzw. geistiger und seelischer Unterdrückung.

Wo bestehendes »Recht« zu Unrecht wird, sehen die GRÜNEN eine *Pflicht zum Widerstand*, dem gewaltfrei Ausdruck zu verleihen die dazu entschlossenen Bürger nicht gehindert werden dürfen.

## **7. Der neue Stil: Dialogisch und partnerschaftlich**

Mit ihrer Beteiligung an der öffentlichen Urteils- und Willensbildung über alle gesellschaftlichen Fragen wollen DIE GRÜNEN auch einen Beitrag leisten zur *Humanisierung des politischen Lebens*. Gerade auch Andersdenkenden soll mit *aktiver Toleranz* - also ohne Aggressionen und Diffamierungen, sondern mit dem Interesse, ihre Ansichten und Anliegen kennen und verstehen zu lernen - begegnet werden.

In diesem Sinne wollen DIE GRÜNEN bei internen Wahlen und bei der Nominierung von Kandidaten für Parlamentswahlen auf ein partnerschaftliches Verhältnis und eine vernünftige Ausgewogenheit der bei den GRÜNEN vorhandenen Strömungen achten. Dies schließt die Aufgabe ein, jede Benachteiligung der Frauen konsequent auszuschalten.

**Die Grüne Alternative: Sie ist keiner Ideologie, sondern der Achtung gegenüber allem Leben und den Menschenrechten verpflichtet. Das Leben zu schützen und die Menschenrechte zu verwirklichen ist Ziel und Aufgabe aller grünen Politik.**

## Einleitung

Die gegenwärtig noch herrschende Richtung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung - in unserem Land wie im gesamten westlichen und östlichen Lager - muss tiefgreifend überdacht werden. Eine *grundlegende Kursänderung* ist fällig, wenn wir uns, unseren Kindern, Enkeln und späteren Generationen auf dieser Erde eine lebenswerte Zukunft sichern wollen.

Worum geht es im Kern? Es geht um die unaufschiebbare und unumgängliche Abkehr von jener Art des zivilisatorischen Fortschritts, die sich auf den Glauben stützt, nur ein ständiges Wachstum der materiellen Güterfülle würde »Lebensstandard« und »Lebensqualität« garantieren.

Dieser Glaube ist ein Irrglaube. Aber er liegt den Programmen und der praktischen Politik der etablierten Parteien ausnahmslos zugrunde. Wachstum, Wachstum über alles: Das ist der Dreh- und Angelpunkt ihrer »Weisheit«. Eine solche Einstellung ist aber angesichts unserer begrenzten Erde und auch angesichts der Natur des Menschen völlig wirklichkeitsfremd. Sie wirkt sich je länger desto mehr physisch, seelisch und geistig zerstörerisch und krankmachend aus.

Weil schon vieles versäumt ist, muss dieser naturwidrigen und menschenfeindlichen Politik nun um so entschiedener entgegnet werden, DIE GRÜNEN sind dazu entschlossen. Sie wollen mit ihrer Wahlbeteiligung auf die Möglichkeiten und Chancen hinweisen, *dass* und *wie* wir den Irrweg der neueren Zivilisationsentwicklung verlassen und *eine naturgerechte und menschengemäße Alternative* verwirklichen können.

*Sachzwänge* der alten Wachstumsgesellschaften schalten *Initiativen und Rechte* der Bürger aus und führen in die ausweglose Perspektive der Umweltzerstörung [antiökologisch], des Dauerstreits der Lohn-Preis-Spirale um die »Ware« Arbeitskraft [antisozial], der Entmündigung des Bürgers im totalen Atomstaat [antidemokratisch] und des drohenden Kriegs um die Rohstoffe [gewaltandrohend].

Gegen diese eingleisige und verblendete Wachstumspolitik aller derzeitigen Bonner Parlamentsparteien setzen DIE GRÜNEN ein Programm, das die Wiederherstellung beziehungsweise die Erhaltung des Wohlbefindens der Menschen im Arbeitsleben wie im privaten Bereich zum Ziel hat.

Die Grundprinzipien der grünen Bewegung - *ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei* - können nur unabhängig von den Sachzwängen einer auf der Macht bürokratischer Zentralen, der Hochfinanz und des Militärs aufgebauten Gesellschaft wirksam werden durch die *Selbstbestimmung* der Menschen, deren *gleichberechtigtes* Miteinander und deren *solidarische* Arbeit füreinander. Nicht reformistisches, anpassendes Hindurchklavieren durch die selbstmörderischen Sachzwänge der etablierten Systeme, sondern die mutige und entschlossene Korrektur des bisherigen Kurses eröffnet den Weg in eine *ökologische Gesellschaft*, die als *sozialer Organismus*, als menschheitliches Lebewesen an die Stelle der technokratischen Megamachine treten muss.

Grüne Politik, das sagt schon der Name, ist in erster Linie *ökologisch orientierte Politik*. Ökologisch orientierte Politik lässt sich aber nur dann verwirklichen, wenn sie alle wesentlichen Bereiche des menschlichen Daseins in der Gesellschaft und weltweit berücksichtigt. Die ökologische Krise, das heißt die fortschreitende Zerstörung aller Lebensräume durch naturwidrige und menschenfeindliche Wirtschaftspraktiken, ist eine *globale Krise*, die durch die weltweite Anhäufung von nuklearem Material im militärischen Bereich zusätzlich verschärft worden ist. Ökologische Politik kann daher nur im Rahmen einer - wirtschafts-, sozial-, kultur-, umwelt- und friedenspolitischen - GESAMTALTERNATIVE verwirklicht werden.

Schließlich sind wir der Auffassung, dass alle Aspekte der gegenwärtigen Gesamtkrise nur auf *demokratische* Weise, also nur mit aktiver Zustimmung und Beteiligung der Bevölkerung gelöst werden können und dass ihre Lösung ohne weiteren Aufschub in Angriff genommen werden muss, wenn man sehr undemokratische Formen der »Lösung« oder gar die »Endlösung der Menschheitsfrage« durch einen III. Weltkrieg oder durch einen Kollaps des biologischen Systems der Erde verhindern will.

## **A: Die wichtigsten Ziele der Grünen Alternative**

### **1. Ökologie**

#### **1. Umwelt-, Natur- und Gesundheitsschutz -Leben bewahren statt zerstören**

Ohne konsequenten Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Natur und der Umwelt ist keine menschliche Zukunft denkbar. Diese Aufgabe muss Vorrang haben vor allen anderen Belangen. Naturschutz darf nicht mehr in entlegene Landschaften abgedrängt werden. Er muss seinen Platz in den Städten und Dörfern und deren Umgebung haben. *Naturschutz muss zum umfassenden Lebens- und Gesundheitsschutz erweitert werden.* Kurzsichtige wirtschaftliche Interessen müssen - in allen Bereichen der Reinerhaltung der Gewässer, der sauberen Luft, der naturgemäßen Bodenbewirtschaftung, der Nahrungsmittelproduktion, der Baumaterialien, der Heilmittel usw. - wieder zurücktreten hinter die ökologischen Notwendigkeiten.

#### **2. Energie - Strom ohne Atom**

Atomkraft lehnen wir kompromisslos ab. Sie ist ihrem Wesen nach nicht nur extrem lebensfeindlich, sie stellt nicht nur eine unabsehbare und unkontrollierbare Gefahr für unser Leben und das Leben vieler künftiger Generationen dar, sie ist auch viel zu teuer und zur Deckung des realen Strombedarfs einer ökologisch und sozial eingerichteten Gesellschaft überflüssig. Die erzwungene Atomenergieproduktion mit ihren »strahlenden« Abfällen ist eine von nackter Habsucht diktierte Missachtung allen Lebens. *Wir brauchen keine AKWs und keine »Entsorgungsparks« für ihren Müll.* Entwickeln wir mit dem nötigen Nachdruck alternative Energien aus Sonnenwärme, Wind- und Wasserkraft, Biogas usw. Statt eines zentralistischen Atomstaats brauchen wir *dezentrale Energieerzeugung* mit langfristigen Versorgungskonzepten.

### **3. Rohstoffe - Verantwortlich nutzen statt verschwenden**

Durch die unökologischen und unsozialen Produktionsverhältnisse der privat- und staatskapitalistischen Wirtschaftssysteme werden Rohstoffe und menschliche Fähigkeiten in gigantischem Ausmaß vergeudet.

An die Stelle dieser verantwortungslosen Plünderungsökonomien muss *eine ökologisch-dynamische Kreislaufwirtschaft* treten mit sparsamem Einsatz der nicht erneuerbaren Stoffe, mit Wiederverwertungstechniken und langlebigen Erzeugnissen. Statt immer mehr Quantität brauchen wir die machbare *Qualität der Produkte*.

## **2. Wirtschaft und Soziales**

### **1. Bedarfsdeckung - Wirtschaften für den Verbraucher statt zum Erwerb**

Um das Selbstmordprogramm des Zwanges zu ständigem Wachstum zu stoppen, müssen wir den ökonomischen Sektor umstellen vom erwerbsorientierten Wirtschaften auf *ein Wirtschaften, das keinen anderen Zweck mehr verfolgt, als ausschließlich den sinnvollen [realen] Bedarf der Bevölkerung zu decken*. Gewinnstreben, Lohnkämpfe und Eigentumsmacht wecken irrealer Bedürfnisse und sind in einer ökologischen Gleichgewichtswirtschaft ebensolche Störfaktoren wie staatlicher Planungsdirigismus. Sie müssen beseitigt werden, damit die Gestaltung der Zukunft die Sache aller sein kann.

In die eigentlichen Aufgaben des Wirtschaftslebens - Produktion, Handel und Konsumtion von Gütern - soll von der politischen Ebene her nicht hineinregiert werden, da es sich um Kompetenzbereiche von Fachleuten - im Sinne aller Tätigen, vom Hilfsarbeiter bis zur Unternehmensleitung - handelt.

Vom Bürger für den Bürger zu gestalten, heißt hier: *Selbstverwaltung durch Hersteller und Verbraucher*. Bestehende Organe [z.B. Handelskammern, Gewerkschaften, Unternehmerverbände] und künftige, müssen in diesem Sinne eingesetzt bzw. umgestaltet werden, damit die Beteiligten und Betroffenen entscheiden können, *was, wo und wie* produziert werden soll.

Bei der Selbstverwaltung einer ökologischen *Bedarfsdeckungswirtschaft*, die an die Stelle Wachstums- und profitorientierter *Bedarfsdeckungswirtschaft* treten muss, ist die *Mitwirkung der Verbraucher* erforderlich. Wir fordern daher die Durchsetzung und Ausweitung des gesetzlichen Verbraucherschutzes und erstreben die Stärkung und Aktivierung der unabhängigen Verbraucherorganisationen, damit sie gleichwertige Partner der Verbände von Industrie und Handel werden können.

Darin sehen wir einen ersten, schon heute und sofort möglichen Schritt zur Bildung künftiger *Assoziationen* in einem von kapitalistischer und staatsbürokratischer Machtumklammerung befreiten wirtschaftlichen Leben. Diesen Assoziationen [Verbindungs- und Vermittlungsorganen der Verbraucher, Händler und Hersteller] kann dann auch die überbetriebliche Selbstverwaltung des ganzen Wirtschaftskörpers obliegen.

## **2. Arbeit – Grundrecht[-pflicht] statt Marktwert**

Ein wesentlicher Teil des Fundamentes einer ökologischen Gesellschaft ist die gesicherte Bereitstellung von Arbeitsplätzen für alle arbeitsfähigen Bürger. *Arbeitslosigkeit ist unmenschlich und unökonomisch.* Durch neue Wirtschaftsgesetze, die von den realen volks- und weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen ausgehen, muss bewirkt werden, dass die Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr von Konjunkturen und technologischen Entwicklungen abhängt, sondern alle Menschen jederzeit ihre Fähigkeiten in den Dienst der ganzen Gemeinschaft stellen können. Ziel einer neuen Beschäftigungspolitik muss es also sein, die Arbeit gerechter, das heißt richtig zu verteilen.

»Recht auf Arbeit« bedeutet ja eigentlich, als arbeitsfähiger und arbeitswilliger Mensch in der Zusammenarbeit mit allen anderen einen produktiven Platz innerhalb der Menschheit einnehmen zu können, um den Beitrag für das Ganze zu leisten, der aufgrund der individuellen Kräfte und Fähigkeiten möglich ist.

## **3. Arbeitszeit - Soviel wie nötig statt soviel wie möglich**

Die Arbeitszeit, die zur Deckung des nationalen und internationalen Bedarfs erbracht werden muss, ist demokratisch zu vereinbaren.

Nötig ist auch eine *Differenzierung der Arbeitszeit* je nach physischer, psychischer und geistiger Belastung durch die Art der Arbeit, DIE GRÜNEN werden Gesetzesinitiativen ergreifen, in denen sich aus dem Bewusstsein der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge die Forderungen nach Anpassung der Arbeitszeit an die tatsächlichen Notwendigkeiten, nach Differenzierung der Arbeitszeit nach menschlichen Gesichtspunkten der Belastung und nach mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten ausdrücken.

## **4. Humanisierung der Arbeitsstätten -Demokratisieren statt polarisieren**

Die Respektierung der Menschenwürde am Arbeitsplatz erfordert in erster Linie die Überwindung des sozialen Gegensatzes von Kapitaleigentum und Lohnarbeit. *Keine Arbeit darf künftig mehr als Ware behandelt werden.* Alle Mitarbeiter eines Unternehmens - so unterschiedlich ihre Fähigkeiten, Pflichten und Funktionen auch sein mögen - sollen eine Gemeinschaft von Menschen gleichen Rechts bilden: Gleichberechtigt und gemeinschaftlich »*unternehmen*«, gleichberechtigt und gemeinsam *beraten, entscheiden, arbeiten.*

Das Übel der Entfremdung und Entmenschlichung des Menschen im modernen Arbeitsleben muss an der Wurzel angegangen werden. Solange sich an den Arbeitsstätten Menschen zweier »Klassen« gegenüberstehen - die Kapitaleigentümer einerseits und die Lohnabhängigen andererseits - ist alles Reden von »Humanisierung« eine ideologische Leerformel. Die Polarisierung der Arbeitswelt in die gegensätzlichen Interessen von »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« kann nur überwunden werden durch die *Neugestaltung der Kapitalverhältnisse und der Verantwortung.*

Auf dieser Grundlage ist die innerbetriebliche Mitbestimmung umfassend auszuweiten und weiterzuentwickeln bis zu dem Punkt, dass die Mitarbeiterschaft direkt oder durch demokratisch bevollmächtigte Vertreter aus ihren

Reihen an allen grundsätzlichen Beratungen der Unternehmensleitung beteiligt ist und alle gewichtigen Unternehmensentscheidungen demokratisch kontrolliert werden. Den erforderlichen Teil der Arbeitszeit für solche Aufgaben der Selbstverwaltung zur Verfügung zu stellen, wäre eine zeitgemäße Form der Arbeitszeitverkürzung.

### **5. Einkommen - Existenzsicherheit statt Existenzangst**

Eine konsequente Sozialpolitik muss zur *Sicherung eines Grundeinkommens* für jeden Menschen führen - unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit.

Durch dieses neue Grundrecht würde die einhundertjährige Sozialgesetzgebung konsequent zu Ende geführt und befreit von ihrer heutigen unmenschlichen Bürokratisierung [bei der Renten- und Krankenversicherung, beim Kinder- und Arbeitslosengeld, bei der Sozialhilfe usw.].

An die Stelle des menschenwidrigen »Kampfes ums Dasein« mit seiner ständigen Existenzangst muss soziale Sicherheit treten durch *demokratisches Vereinbaren der Rahmenrichtlinien für die Gestaltung der Einkommensverhältnisse* der Bevölkerung.

Der ökonomische Wert einer einzelnen Arbeitsleistung ist ja in der arbeitsteilig organisierten Wirtschaft schon längst nicht mehr zahlenmäßig fassbar. Erfassbar ist nur die Realität der Gesamtleistung aller in den Endprodukten. Eine Lohnbemessung für eine bestimmte Arbeit ist daher kein errechneter Gegenwert für eine erbrachte Leistung, sondern *reine Willkür*, die sich heute aus dem Konkurrenzkampf und aus dem Machtkampf zwischen den sog. Arbeitgebern und den Gewerkschaften ergibt.

Daher ist das demokratische Vereinbaren der Einkommen, also die *Entkoppelung von Arbeit* und Einkommen eine längst von der wirtschaftlichen Wirklichkeit geforderte Notwendigkeit.

### **6. Weltwirtschaft - Solidarität statt Rivalität**

Die Kluft zwischen dem reichen und dem armen Teil der Menschheit, die eine Folge der Ausbeutung der Dritten Welt durch die reichen Industrieländer ist, bedarf dringend des Ausgleichs durch die Bestimmung und reale Beachtung einer CHARTA DER PRIORITÄTEN. Durch eine neue solidarische Weltwirtschaftsordnung muss vorrangig das Ziel ausreichender und gesunder Nahrung, Kleidung und Wohnung, der Zugang zu Bildung, die Sicherheit sozialer Fürsorge usw. für alle Menschen der Welt erreicht werden. In der Selbstbeschränkung sehen wir eine notwendige Verpflichtung des reichen Teils der Menschheit. In diesem Zusammenhang treten DIE GRÜNEN ein für einen nicht durch private oder nationale Besitzansprüche gestörten Austausch von Rohstoffen, Technik, Nahrungsmittel und Gebrauchsgütern aller Art.

Die *partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt* ist auch ein Gebot der Friedenssicherung. Solange es den erbarmungslosen Wettkampf der multinationalen Konzerne um Rohstoffe und Märkte gibt, wird es immer eine latente Kriegsgefahr geben, aber auch die weitere Zerstörung wichtiger Ökosysteme [z.B. Amazonas-Regenwald], die weitere Ausbreitung der Wüsten [Sahel-Zone] und die fortschreitende Verschmutzung der Weltmeere mit Öl und anderen Giftstoffen.

### 3. Staat, Militär, Auslandsbeziehungen

#### 1. Entstaatlichung der Gesellschaft - Selbstverwalten statt bürokratisieren

Ein hauptsächlichlicher Irrtum in gegenwärtiger Zeit ist der Glaube, man könne und müsse die Überhand nehmenden Probleme durch eine ständige Ausdehnung der staatlichen Kompetenzen, durch »Lenkung« und zentralistische »Planung« von oben bekämpfen.

Die Politik der GRÜNEN betreibt dagegen die *Entbürokratisierung des sozialen Lebens* durch die Beschränkung der Funktionen des Staates auf die Wahrnehmung rechtlicher Aufgaben [parlamentarische Gesetzgebung, Volksabstimmung, öffentliche Verwaltung, Polizei, Besteuerung]. Nur so können die Lebensimpulse der Wirtschaft und der Kultur - die freien Initiativen der Menschen - durch die entsprechenden Ordnungen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zum Tragen kommen, und nur so kann der Entmündigung des Menschen durch staatlichen Zentralismus Einhalt geboten werden. Nicht die Einschränkung, sondern die *Erweiterung der demokratischen Rechte* steht auf der Tagesordnung.

Der auf seine eigentliche Aufgabe, die *Menschenrechte* zu sichern, *begrenzte Staat* wird ein wirklich föderalistisch gegliederter und basisdemokratischer Rechtsstaat selbständiger Bürgerschaften [Kommunen] sein können.

*Die Besteuerung muss gerecht und durchschaubar sein.* Alle mit den heutigen, dschungelhaft verwirrten Steuergesetzen verbundene staatliche Macht und alle eingebauten Vorteile durch legale Steuerhinterziehung der Großverdiener und Wirtschaftsinstitutionen können durch eine radikale *Vereinfachung* des Steuerwesens beseitigt werden: durch *eine allgemeine Verbrauchssteuer* bei gleichzeitiger Abschaffung aller übrigen Steuern. Damit verbunden sein muss allerdings eine Neugestaltung des Eigentums- und Erbrechtes [insofern es Zusammenhänge betrifft, die zum Arbeitsfeld gehören] und eine Neuordnung in den Funktionen der Zentralbank und der Kreditinstitute [siehe Abschnitt »Geld- und Kapitalordnung«].

#### 2. Entmilitarisierung - Abrüsten statt nachrüsten

DIE GRÜNEN legen ihren außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen die Devise zugrunde, in Zukunft *auf alle Rüstung und jegliche Form von Gewaltanwendung zu verzichten*. Nur dies - nicht Wettrüsten, Aufrüsten und Nachrüsten - ist die Bedingung des Friedens. Als sofortigen ersten Schritt in der richtigen Richtung fordern wir eine 10%ige Kürzung des Rüstungsetats. Eine qualitative Minderung des militärischen Machtpotentials ist damit keineswegs verbunden. Setzen wir die frei werdenden Mittel dann für Hilfe ein, wo Hilfe nottut - drinnen und draußen.

Aufgrund ihrer relativen Unabhängigkeit, ihres internationalen Gewichts und ihrer ökonomischen Stärke hat die Bundesrepublik - vielleicht als einziges größeres *europäisches* Land - die reale Möglichkeit einer Sicherheitspolitik durch Abrüstung und Neutralisierung. - Sicherheit entsteht, wenn sich Vertrauen bilden kann in solidarischer Partnerschaft mit anderen Ländern,

vor allem auch mit Ländern der Dritten Welt, ohne deren wirtschaftliche Schwäche zugunsten eigener Vorteile auszunutzen.

Die notorische Weigerung der Bonner Politik, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West einzunehmen - bei gleichzeitiger Erhöhung der Rüstung - spielt mit dem Leben kommender Generationen. Mit Ausnahme der Schweiz und Österreichs ist Mitteleuropa in zwei hochgerüstete Militärblöcke gespalten, was seine eigentliche Brückenfunktion, die es den Völkern dieser Welt im Dienst ihres Überlebens und ihrer kulturellen Weiterentwicklung schuldig ist, weitgehend verhindert. Diese Lage Mitteleuropas, ein hochexplosives Pulverfass ohnegleichen zu sein, kann nur dann verändert werden, wenn die beiden deutschen Staaten zusammen mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen das Beispiel einer konsequenten Friedenspolitik - und das kann nur *totale Abrüstung* heißen - geben.

Diese Politik würde das sog. »militärische Gleichgewicht« zwischen West und Ost überhaupt nicht verändern, aber es würde eine wirkliche Entspannung und für die Völker Mitteleuropas die Befreiung von der Gefahr einer totalen Zerstörung im Kriegsfall bedeuten, einer Gefahr, die jetzt täglich wie ein Damoklesschwert über uns schwebt.

Wenn die freiwerdenden 40 Milliarden Mark des heutigen Rüstungsetats an den Welternährungsfonds gespendet würden, um ganze Völker vor dem Verhungern zu retten; wenn die Mehrheit der meist blockfreien Länder der Dritten Welt erkennen könnte, dass - anstelle einer »Entwicklungshilfe«, die sie immer mehr verschuldet und abhängiger macht und ihre natürliche Umwelt durch großtechnologische Industrialisierung zerstört - eine neutrale Bundesrepublik ihnen wirklich wirksam helfen würde: mit Brot statt mit Waffen und verzinnten Krediten, - wäre das nicht die einzig realistische Sicherheitspolitik aus Verantwortung für die kommenden Generationen?

Das selbstkritische Jasagen zu einer Verantwortung, die seit der Völkermordmaschine der Nazis auf den Deutschen lastet, die einzig *wahrhaftige* und nicht bloß sentimentale Reaktion auf Holocaust, fordert den Mut zum Wagnis des Vertrauens in eine konsequente Waffen- und Gewaltlosigkeit. Wir müssen unseren Nachbarn dieses Angebot machen: Totale Abrüstung. Darin liegt die einzige Chance einer Initialzündung für die Abrüstung anderer Staaten.

Wir begrüßen das persönliche Beispiel: Jeder *Kriegsdienstverweigerer* rüstet konkret einen Soldaten dieser Welt ab. Wir fordern gleiches Recht für Kriegsdienstverweigerer und Wehrwillige. Das bedeutet: Abschaffung der Gewissensprüfung für Verweigerer oder Einführung eines Prüfungsverfahrens über die Gewissensgründe, warum einer den Dienst mit der Waffe bejaht, bevor seine Aufnahme in die Bundeswehr erfolgen kann.

### **3. Mitteleuropa - Teilung überwinden statt zementieren**

Die Spaltung Mitteleuropas darf keine Dauerlösung bleiben. Auf der Grundlage der völkerrechtlichen *Anerkennung der Nachkriegsgrenzen* ist eine *völlige Öffnung dieser Grenzen* für das Leben Mitteleuropas, seinen kulturellen, wirtschaftlichen und menschlichen Verkehr notwendig. Ganz Mitteleuropa

muss eine international garantierte entmilitarisierte Zone werden, wenn seine Menschen eine Zukunft haben sollen.

Die Aufgabe, die *Teilung Deutschlands* zu überwinden, darf nicht mehr als unzeitgemäße »Wiedervereinigung« unter dem Dach eines *nationalen Einheitsstaats*, sondern muss als Schritt zur *Wiederherstellung Mitteleuropas als eigenständiges Kulturgebiet* verstanden werden. Die *kultur-ökologische Funktion* Mitteleuropas im Zusammenleben der Völker ist es, Brücke und Vermittlungsraum zwischen westlichem und östlichem Kulturkreis der Menschheit zu sein.

## 4. Kultur

### 1. Autonomie - Selbstverantwortung statt Fremdbestimmung

Trotz schlechtester Erfahrungen mit der staatlichen Planwirtschaft im realen Kommunismus, hält man hierzulande - allen voran die drei Bonner Altparteien - immer noch an der *verstaatlichten* Schule und Hochschule fest. Es zeigt sich für uns darin, dass das Streben nach Macht über andere Menschen in unserer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« nicht prinzipiell, sondern nur graduell anders ist als in bolschewistischen Systemen.

Wir erstreben dagegen für diesen größten und wichtigsten Produktionszweig unserer Gesellschaft die *Entstaatlichung* und ebenso die *Befreiung von wirtschaftlicher Einflussnahme*: Erziehung, Bildung, Ausbildung, Forschung müssen sich autonom in freien Unternehmen vollziehen.

Das bedeutet: Selbstverantwortliches Gestalten durch die Beteiligten und Betroffenen [Eltern, Lernende, Lehrende usw.] im Dienste freier Selbstentfaltung eines Erziehungs- und Bildungswesens, in welchem das »Kind König ist« [später der sich aus- und fortbildende Mensch] und nicht die »wissenschaftlich« jeweils neuesten Lernzwänge, die seine Phantasie zerstören und seine körperliche und seelische Gesundheit untergraben. Dass immer mehr Schulkinder und Studenten nur noch unter massivem Einsatz und Psychopharmaka und »Präparaten« dem Lernstress gewachsen sind, ist für alle ökologisch denkenden Menschen ein allergrößtes Alarmzeichen.

Diese bedrohliche Situation ist von der Wurzel des Übels her nur durch *neue Kulturgesetze* zu überwinden, durch die allen Zweigen der kulturellen Produktion - Schule, Wissenschaft, Kunst, Medien, Parteien, Film, Theater usw. - die *Unabhängigkeit von staatlicher und wirtschaftlicher Einflussnahme* garantiert wird. Dies bedeutet für alle Bildungseinrichtungen auch die Sicherstellung ihrer Gleichberechtigung hinsichtlich ihrer Bildungswege und Abschlüsse.

### 2. Finanzierung - Gleichberechtigt statt privilegiert oder benachteiligt

Für die Finanzierung der Kulturarbeit ist eine demokratische Vereinbarung nötig, welche Bereiche und Institutionen des kulturellen Lebens als von der ganzen Gemeinschaft getragene »öffentliche« Einrichtungen behandelt werden sollen [wie in anderen Sektoren z.B. der Naturschutz, bestimmte Teile des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens usw.] *Subventionierungen be-*

*deuten keinerlei staatliche Hoheitsrechte.* Unabhängig von den Wegen der Finanzierung gilt prinzipiell die Selbstverwaltung der Arbeitsfelder.

## **B: Die wichtigsten Maßnahmen zur Verwirklichung der Grünen Alternative**

### **1. Strukturelle Maßnahmen**

#### **1. Dreigliederung - Entflechten statt verfilzen**

Staat, Wirtschaft und Kultur sind heute zu einem undurchschaubaren Knäuel von Über- und Unterordnungsverhältnissen - kurz: zu einem *Machtgeflecht* - verfilzt, dem der einzelne Bürger rat- und hilflos gegenübersteht. Ihm bleibt meist nur der Rückzug aufs Private. Das ist dann genau das, was durch das System der ökonomisch-politisch-ideologischen Filzokratie bewirkt werden soll, damit die Herrschenden ungestört weiter herrschen können.

Im Gegensatz dazu müssen die wirtschaftlichen, kulturellen und staatlich-politischen Institutionen der Gesellschaft ihre Zusammenarbeit regional und überregional so, wie es zur bestmöglichen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, künftig aus der *Autonomie* der einzelnen Einrichtung koordinieren. *Als Organe dieser Koordinierung sind neben den politischen Parlamenten auch Wirtschafts- und Kulturräte zu bilden.* Der Umfang ihrer Befugnisse, ihre Abgrenzung voneinander und der Modus ihres Zusammenwirkens muss durch eine Rahmenregelung demokratisch vereinbart werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist diesem Erfordernis entsprechend weiterzuentwickeln.

#### **2. Dezentralität - Überschaubar nach menschlichen Maßen**

Die dreigliedrige Grundstruktur des sozialen Organismus ermöglicht erst die konkrete Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes des Menschen und der frei gebildeten Gemeinschaften [Familien, Partnerschaften, Arbeitskollektive usw.] in allen gesellschaftlichen Bereichen. An die Stelle der Zentralstaaten und der Zentralwirtschaften mit ihren wuchernden Bürokratien und Kapitalkonzentrationen und mit ihrem Hang zu Imperialismus und technologischer Gigantomanie kann eine *dezentrale gegliederte Gesellschaft* treten, die sich an menschlichen Maßen orientiert und den Zusammenhang ihrer überschaubaren staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen lebensgemäß gestaltet.

### **2. Demokratie und Informationswesen**

#### **1. Direkte Demokratie - Mitbestimmen statt aussteigen und resignieren**

Die parlamentarische Demokratie muss durch die *direkte Demokratie* erweitert werden. Nur durch die *Volksabstimmung* auf Bundesebene, auf Landesebene und im kommunalen Bereich haben die Bürger eine echte Chance der Mitbestimmung in den wesentlichen Entscheidungen. Ein Volksentscheid soll durchgeführt werden, wenn 2% der Abstimmungsberechtigten durch ihre Unterschrift eine Referendumsinitiative unterstützen.

## **2. Freie Information - Alternativen aufzeigen statt unterdrücken**

Sämtliche Medien müssen zur *freien und gleichberechtigten Information* über die verschiedenen Alternativen, die Gegenstand einer Volksabstimmung sind, verpflichtet sein. Das bedeutet, dass den zur Abstimmung stehenden Positionen in der Zeit zwischen der erfolgreichen Initiative und der Abstimmung gleiche Sendezeiten in Funk und Fernsehen und gleicher Spaltenraum in der Presse zur Begründung ihrer Vorschläge eingeräumt werden müssen.

## **3. Geld- und Kapitalordnung**

Die angedeuteten Maßnahmen auf der Demokratie -und der Informations-ebene sind auch die Voraussetzung für die notwendigen, am Wohl des sozialen Ganzen orientierten Neuordnungen des Geld- und Kreditwesens und der Verfügungsrechte über Grund und Boden, Produktionsstätten und Produktionsmittel, weil diese Umgestaltung nur nach umfassender gesellschaftlicher Diskussion und nur aufgrund demokratischer Mehrheitsentscheidungen durchgeführt werden können.

Hierbei stellt sich gleichermaßen die Aufgabe der Neutralisierung privater wie staatlicher Entscheidungsbefugnisse. Die in den GRÜNEN vertretenen Strömungen haben dazu verschiedene Lösungsmodelle entwickelt. Die Vorschläge des Achberger Kreises gehen in die folgende Richtung:

### **1. Geldordnung - Organisch statt mechanistisch**

Wenn man - was einem ungetrübten Blick gar nicht schwer fällt - einmal hinter den Schleier blickt, hinter dem die Geldtechniker heute ihre Schaltzentralen und Geldoperationen verbergen, dann stößt man auf drei Grundfunktionen, die wir für eine gesunde und stabile Währung benötigen:

- *Erstens* das [natürlich *zins-]*freie Kreditieren der Leistungen, die für die Bedarfsdeckung der Verbraucher auf dem Arbeitsfeld erbracht werden müssen,
- *zweitens* das Herausgeben der Einkommen für alle Einkommensempfänger [womit diese Konsumwerte kaufen, wovon sie vielleicht einen Teil sparen und andere Konsumenten dann leihen oder wovon sie mehr oder weniger für das schenken/spenden, was sie unterstützen wollen] und
- *drittens* die notwendige Funktion des Ablösens der Kredite zum Ausgleich der Unternehmensbilanzen [wo für die Abgabe von Leistungen an die Verbraucher - z.B. Schule, Naturschutz, usw. - keine Preise verlangt werden, fließen aus den kalkulierten Überschüssen der anderen Unternehmen die erforderlichen Subventionen].

Die Währungsverhältnisse sind dann in Ordnung, wenn dieser Kreislauf durch keine sachfremden Rechte - z.B. Verzinsung, Wertpapiere, Börsenspekulationen usw. - gestört wird. Alle Gesetze, aus denen sich heute der sog. Geldmarkt ergibt, müssen verschwinden. Auf der Grundlage der angedeuteten Grundfunktionen sind die demokratisch legitimierten und kontrollierten Selbstverwaltungsorgane des Wirtschaftslebens für die störungsfreie Gestaltung der *organischen Geldordnung* nach den Erfordernissen der realen Bedarfsentwicklung verantwortlich.

## 2. Kapitalordnung - Neutralisieren statt privatisieren und verstaatlichen

Zwei Eigentumsvorstellungen haben die Welt in zwei bis an die Zähne bewaffnete, verfeindete Lager gespalten: *Privateigentum und Staatseigentum*. Beide Vorstellungen sind anachronistisch. Sie führen - auf verschiedene Weise - zur faktischen *Enteignung der Mehrheit* durch eine Minderheit und zur Festigung von deren Machtposition. Diese Enteignung geht heute so weit, dass wir zurecht schon von einer »Enteignung der Gesundheit, der Intelligenz und der seelischen Harmonie des Menschen« sprechen können.

Damit der Mensch nicht vollends zum Objekt einer vollautomatisierten Welt wird, müssen wir seine Enteignung durch die private oder staatliche Kapitalordnung rückgängig machen und auf die heutigen Verhältnisse bezogen das weiterentwickeln, was in den germanischen Rechtsvorstellungen - im Unterschied zu den römischen, die sich historisch durchgesetzt haben - verankert war.

Wir nennen diese Alternative das »*neutralisierte Kapital*«: Alle zum gesellschaftlichen Arbeitsfeld, also zur organisierten Arbeitswelt gehörenden Kapitalmittel, Grund und Boden und Produktionsstätten sind nicht eigentumsfähig. Sie müssen frei zirkulieren, das heißt treuhänderisch denen zur Verfügung stehen, die die Fähigkeiten haben, sie sachgemäß einzusetzen. Nur diese Form des *treuhänderischen »Eigentums«* macht die *soziale Verpflichtung*, von der das Grundgesetz im Artikel 14 spricht, realisierbar und befreit dieses Postulat von der Willkür privater Moral.

### Zusammenfassung

Die entscheidenden politischen Forderungen einer Partei, die die heute notwendigen neuen Ziele auf neuen Wegen anstreben will, sehen wir also in den folgenden Prinzipien:

- **Für das Arbeitsleben** - freie Bahn dem schöpferischen Wirken der Tätigen im assoziativ gefügten Arbeitsfeld auf der Grundlage demokratischen Berufens.

*Schöpferisches Wirken* heißt: selbstverantwortliches Handeln der Fähigen aus Erkenntnis von allem, was in Betracht kommt.

*Assoziativ gefügtes Arbeitsfeld* heißt: ein durchgehend vereinbartes Miteinander der Arbeitsstätten im Schaffen des vom Bedarf Geforderten; das Einfügen des Geldkapitals in die Rechtssphäre der sozialen Gemeinschaft; das Verwalten der Produktionsmittel durch die mit ihnen verantwortlich Tätigen.

Dieses alles auf der Grundlage von Erkenntnisgesprächen in den Arbeitsstätten und in den Gremien der verantwortlich Leitenden.

*Demokratisches Berufen* heißt: die Fähigen durch alle, die dem betreffenden Arbeitsfeld angehören, in gleichberechtigter Weise für das Versehen der zu erfüllenden Aufgaben zu bevollmächtigen; ein Rat von Sachverständigen kann dabei notwendig vorgesehen sein.

- **Für die öffentlichen Dienste** - schrittweises Einfügen des Schul- und Hochschulwesens und aller sonstigen öffentlichen Dienste mit Hilfe von Selbstverwaltungsorganen in das assoziativ gefügte Arbeitsfeld.
- **Für das Staats- und Kommunalwesen** - Beschränken der Aufgabengebiete von Parlamenten und Regierungen auf das öffentliche Rechtsleben, auf Rechtssetzung und Rechtswahrung.

Alle *Sachforderungen*, die in diesem Programm darüber hinaus erhoben werden, sind pragmatischer Art. Sie können nur gelten, solange die entscheidenden politischen Forderungen nicht erfüllt sind. Sind diese erfüllt, so liegen Sachentscheidungen bei denen, die für das Erfüllen von Aufgaben demokratisch berufen sind. Dann nämlich erst fällt das Hereinwirken privatwirtschaftlicher oder machtmäßiger Interessen in die Sachentscheidungen fort.

## **Fazit: Ein Dritter Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus**

Wir haben diese Darstellung eingeleitet mit dem Gedanken, es müsse heute die gesamte gesellschaftliche Entwicklung im Westen wie im Osten tiefgreifend überdacht werden. Wir haben in den vorstehenden Punkten die unserer Ansicht nach wesentlichsten Aspekte kurz beleuchtet und wollen den Gedankengang nun zum Abschluss nochmals zusammenfassen:

*In den kapitalistischen Verhältnissen* des Westens wird die Entwicklung des gesamten sozialen Lebens und seiner Teilbereiche aus der Verfügungsgewalt über den Einsatz der finanziellen Mittel und des Kapitals bestimmt. Geld und Kapital konzentrieren sich aber hauptsächlich bei den großen Banken und den Industriekonzernen. Doch auch die Gewerkschaften, die Medien und große Teile der Wissenschaft sind in diesen Gesamtkomplex kapitalistischer Machtkonzentration integriert, der - vermittelt über die Lobby, personelle Verfilzungen und abhängige Parteien - auch die Parlamente längst aufgesaugt hat. Die Handlungsweisen dieses Machtkomplexes produzieren alle Schäden, unter denen wir leiden und die nun gar die Grundlagen des Lebens schlechthin in Frage stellen.

*In den kommunistischen Verhältnissen* der Länder des sog. »real-existierenden Sozialismus« [UdSSR, DDR, usw.] handelt es sich im Prinzip darum, daß die Fehlentwicklungen des Kapitalismus in den Funktionen der staatsbürokratischen Monopolisierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse verschärft [radikalisiert] und dadurch in vieler Hinsicht noch katastrophaler sind.

Beide Systeme, der Kapitalismus des Westens wie der real-existierende Kommunismus des Ostens, sind Systeme einer gigantischen Vergeudung.

Wenn auch unsere Bundesrepublik in eine immer größere Staatsverschuldung hineintreibt, wenn von einer unsicheren Rentenzukunft die Rede ist und überhaupt mehr und mehr spürbar wird von der Angst der Menschen vor Unsicherheit und bedrohlichen Entwicklungen und wenn immer wieder die zynische Frage gestellt wird an das, was die Grüne Alternative fordert -

Umweltschutz, mehr Entwicklungshilfe, Grundeinkommen für alle, längere Schulzeit, kürzere Arbeitszeit usw.: *Wer soll das bezahlen?*, und wenn man den GRÜNEN dann eine »unseriöse Politik« vorwirft, weil sie gar keinen Grund sehen, systemimmanente »Finanzierungspläne« vorzulegen, dann muss man darauf antworten, dass sich in der Tat diese zwei Dinge ausschließen: Die Vergeudungsmechanismen der kapitalistischen Profitwirtschaft wie der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft einerseits und die ökologisch-dynamische Kreislaufwirtschaft des sich selbst verwaltenden sozialen Organismus andererseits.

Von einem Journalisten der Süddeutschen Zeitung wurde der ehemalige Wirtschaftsminister *Friderichs* (FDP) einmal auf folgende These angesprochen: »Ein Drittel dessen, was unser System produziert, ist Verschleißproduktion, ein Drittel ist überflüssig, und nur ein Drittel ist wirklich in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung«. *Friderichs* hat dieser These im wesentlichen zugestimmt, aber gleichzeitig behauptet, dass daran nichts zu ändern sei: so funktioniere eben unser System.

Doch daran ist etwas zu ändern: durch *die neuen Wege der grünen Politik*. Diese Politik - das heißt: dieses Programm der Selbstgestaltung und Selbstverantwortung der Wirtschaft, der Kultur und des Staates - wird dadurch finanziert, dass die zwei Drittel aller Leistungen, Rohstoffe und Energien, die heute vergeudet werden, weil sie »nicht in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung« stehen, durch die angedeuteten Maßnahmen in Einklang mit diesen Bedürfnissen gebracht werden. Das ist die »Finanzierung«, um die es heute geht und die wir nur erreichen werden, wenn wir uns lossagen von jeglicher Form des Kapitalismus wie des bürokratischen Kommunismus.

*Die Grüne Alternative ist ein Dritter Weg*. Ihren Zielen stehen heute - im Westen wie im Osten - die angedeuteten Machtstrukturen entgegen. Sie tendieren ihrem Wesen nach immer zur Zentralisierung und damit zur Kollektivierung, Vermassung, Entmündigung und Vereinsamung der Menschen. Wer die Grüne Alternative will - das heißt: die Selbstverwaltung der Arbeitsfelder und die Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Betroffenen als Konsumenten wie als Produzenten auf ökologischer Grundlage im öffentlichen Leben wie im privaten Bereich -, muss daher auch konsequent dafür eintreten, dass die in den heute herrschenden Gesellschaftssystemen liegenden Ursachen, die uns die Durchführung des Selbstmordprogramms aufzwingen, restlos ausgeschaltet werden. Die nur dadurch mögliche *Wiederherstellung eines menschengemäßen und naturgerechten Lebens* ist eine innere und äußere Notwendigkeit für eine heilsame Menschheitszukunft.

Für dieses Ziel sind DIE GRÜNEN angetreten und dafür erbitten sie die Mithilfe aller. Viele helfen schon mit und viele mehr, als man denkt, sind innerlich schon dabei. Es ist an der Zeit, dass die Gegenbilder zu den Scheinalternativen des Blocks der etablierten Parteien deutlich heraustreten können - die kleinen und großen, kühnen aber realitätsbezogenen Entwürfe, Wünsche und Forderungen aus den Notwendigkeiten dieser Zeit.

Manche mögen fragen, ob DIE GRÜNEN denn eine Chance haben gegen die Apparate und Figuren des etablierten Lagers. Stehen sie nicht auf aussichtslosem Posten? - Aussichtslos, wie David einst gegen Goliath? Also: Es ist zu schaffen, freilich nicht von heute auf morgen, aber in einigen Jahren schon,

wenn alle jugendlichen, alle konsequent demokratischen und alle humanistischen Kräfte sich zusammentun. Dann wird den Demonteuren unserer schönen Welt bald die Luft ausgehen und es wird ihnen nicht gelingen, uns in ihre öde, hartherzige und phantasielose Gesellschaftsarchitektur einzubetonieren.

Wir haben genug geschlafen, Freunde. Guten Morgen! Wir machen uns auf die Socken nun: als Christen, Sozialisten, Liberale. Es muss Frühling werden - in diesem Land. Wir haben lange genug gewartet und gezaudert. Jetzt lasst uns versuchen, den Kurs zu ändern, ehe es vielleicht zu spät sein wird. Wir wollen nicht mitverantwortlich werden für eine Zukunft, die »Nach uns die Sintflut« heißt. Wir wollen nach uns die Zukunft, die Zukunft des Lebens.